



Stephanie Becker/Christoph Studt (Hg.), „Und sie werden nicht mehr frei sein ihr ganzes Leben“. Funktion und Stellenwert der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände im „Dritten Reich“ (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V. Band 16), Münster 2012 (Lit-Verlag), 288 S.

Eine Geschichte der NSDAP bleibt das wichtigste Desiderat der historischen Erforschung des Nationalsozialismus und des „Dritten Reiches“. Die beiden letzten fachwissenschaftlichen Monographien von Dietrich Orlow sowie von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker sind inhaltlich und methodisch größtenteils veraltet. Im Bd. 9/1 „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ von 2004 findet sich der beste jüngere Beitrag, allerdings behandelt der Aufsatz von Armin Nolzen über „Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft“ nur die Kriegszeit. Zu den mit der NSDAP verbundenen Einzelorganisationen liegen zahlreiche Studien unterschiedlichen Zuschnitts und Umfangs vor, sowohl älteren als auch jüngeren Datums. An dieser Stelle sei nur auf das kürzlich erschienene Werk von Rüdiger Hachtmann zur Deutschen Arbeitsfront (DAF) hingewiesen, das offensichtlich erst nach Redaktionsschluss des zur Besprechung anstehenden Sammelbandes publiziert wurde. Die Forschungslage ist nicht nur unübersehbar, sondern auch disparat. Schon aus diesem Grund ist es zu begrüßen, dass die beiden Herausgeber Stephanie Becker und Christoph Studt in einem Band Aufsätze zusammenführen, die sich, so der Untertitel, mit „Funktion und Stellenwert der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände im ‚Dritten Reich‘“ beschäftigen. Nach einem Beitrag des Schriftstellers Rainer Kunze zu seinen Erfahrungen in der DDR und der Bundesrepublik und einem knappen organisationsgeschichtlichen Überblick über die NSDAP von Ulrich von Hehl widmen sich die einzelnen Aufsätze zentralen Gliederungen und angeschlossenen Verbänden: SA (Daniel Siemens), SS (Bastian Hein), HJ (Gisela Miller-Kipp), Nationalsozialistische Kraftfahrkorps – NSKK (Dorothee Hochstetter), DAF (Michael Schneider), Nationalsozialistischer Deutsche Ärztebund – NSDÄB (Ralf Forsbach), Frauenorganisationen der NSDAP (Leonie Wagner) und Nationalsozialistische Volkswohlfahrt – NSV (Marie-Luise Recker). Hinzu treten Institutionen, die wichtige Funktionen im „Dritten Reich“ ausübten, aber nicht im engeren Sinne zur NSDAP gehörten: Reichsarbeitsdienst – RAD (Manfred Seifert), Reichsnährstand (Ulrich Kluge) und Reichskulturkammer (Volker Dahm). Eine religionswissenschaftliche Untersuchung der Inszenierung des Reichsparteitagfilms „Triumph des Willens“ von Leni Riefenstahl (Yvonne Karow) fällt etwas aus dem Rahmen, bietet aber einen interessanten Ansatz.

Gemäß der in der Einleitung vorgegebenen Fragestellung beschäftigen sich die einzelnen Beiträge neben organisationsgeschichtlichen insbesondere mit Aspekten der ideologischen Vergemeinschaftung durch die jeweiligen Organisa-

tionen. Dass der weltanschaulichen Erziehung und damit einhergehend der gesellschaftlichen Kontrolle jeweils eine wichtige Bedeutung zukam, sie zum Teil als Ultima Ratio der Existenz der jeweiligen Institution gelten können, machen die einzelnen Untersuchungen deutlich. In der öffentlichen Wahrnehmung werden Organisationen wie der RAD oder das NSKK eher weniger mit nationalsozialistischen Indoktrinationsversuchen in Verbindung gebracht, weshalb die Forschungsfrage insbesondere hier einen Mehrwert verspricht. Im übrigen thematisieren zahlreiche Beiträge das Verhältnis von ideologischen Vorgaben und Praxis. Vielleicht hätte die Einleitung zum Sammelband das Themenfeld entsprechend noch weiter öffnen und innerorganisatorische und gesellschaftliche Praxen sowie Dysfunktionalitäten stärker mit einbeziehen können. Gerade letztgenannte hinterfragen Reichweite und gesellschaftliche Relevanz der vorgegebenen ideologischen Postulate. Die forcierte vergesellschaftete Praxis in der HJ trug, wie Miller-Kipp argumentiert, durch ihren Zwangscharakter zugleich den Keim für jugendliche Rebellion und Widerstand in sich. Als zentraler Begriff nicht nur der Selbstlegitimation der historischen Organisationen, sondern auch der wissenschaftlichen Analyse dient der Terminus der „Erziehung“. Dass es sich hierbei nicht um eine wertfreie Bezeichnung handelt, darauf verweist Dorothee Hochstetter. Erziehung könne je nach Interessen eindeutige politische Präferenzen vermitteln. Miller-Kipp dagegen, so meint Hochstetter, hielte es für verfehlt, „pädagogische Propaganda mit Erziehung gleichzusetzen“ (S. 155). Die eingeforderte weitere Präzisierung des jeweils verwendeten Erziehungsbegriffs wäre jedenfalls weiter zu verfolgen. Ebenfalls nur in Ansätzen wird der in der jüngsten NS-Forschung breit diskutierte Begriff der „Volksgemeinschaft“ verwandt. Zwar scheint dieses Konzept auf der Tagung, die dem Sammelband vorausging, durchaus debattiert worden zu sein, worauf ebenfalls Hochstetter hinweist, doch eine detailliertere Auseinandersetzung findet sich nur in ihrem Beitrag und, bezogen auf eine ältere Einordnung, in demjenigen von Dahm zur Reichskulturkammer.

Nicht alle der genannten Organisationen konnten sich zeitgenössisch durchsetzen. Der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund blieb nur eine von zahlreichen Institutionen, die sich auf dem Feld der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik tummelten. Doch habe er, wie Forsbach feststellt, die nationalsozialistischen Medizinverbrechen ideologisch vorbereitet. Welche, auch biografischen, Bezüge gerade zwischen Ärztebund und Medizinverbrechen bestanden, wäre eine wichtige Frage, um den Ärztebund als Transmissionsriemen präziser einordnen zu können. Auch andere Beiträge bieten Forschungsfragen an, die über die knappen Übersichten im Sammelband hinausgehen: So habe die SA, bemerkt Siemens, auch über 1934 – das Jahr ihrer Entmachtung – hinaus die nationalsozialistische Moral entscheidend beeinflusst, eine Moral, die schließlich zum Völkermord führte. Und Hein stellt die Frage nach dem Spannungsfeld zwischen postulierter Eliteorganisation und dynamischer Entwicklung der SS.

Der Sammelband bietet Einblicke in verschiedene, im weitesten Sinne unter dem Dach der NSDAP zusammengefasste Institutionen, die wie die DAF oder

die NSV mit 25 bzw. 16 Millionen Mitgliedern weit über die Mitgliedszahl der NSDAP hinausgingen. Die Parteiorganisation im engeren Sinne wird, bis auf den kursorischen, wohl vor allem den Hintergrund für die Organisationsstudien liefernden Überblick am Beginn, allerdings nur gestreift. Hier zeigt sich, wie zu Anfang dieser Besprechung bemerkt, das entscheidende Forschungsdesiderat. Wer sich allerdings einen ersten Überblick über die Gliederungen und angeschlossenen Verbände der NSDAP verschaffen möchte, der findet hier einen Einstieg und einige interessante weitergehende Fragestellungen.

Jan Erik Schulte, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, 01062 Dresden.



Hans Mommsen, Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, München 2010 (Deutsche Verlags-Anstalt), 399 S.

Es handelt sich um eine Sammlung von (teilweise an entlegenen Stellen bereits publizierten) Aufsätzen zur jüngeren deutschen Geschichte, die um vier thematische Schwerpunkte gruppiert sind: von Weimar zum Dritten Reich; Hitlers Aufstieg und Monopolisierung der Macht; Krise und Zerfall des Dritten Reiches; der Widerstand gegen das NS-Regime. Das Buch schließt mit einer Würdigung der Person und des Werkes von Hans Rothfels, des Lehrers des Verfassers. Da das Werk als Aufsatzsammlung nicht auf sukzessive Entfaltung einer These zielt, wird sich die Rezension vor allem auf den „Denkstil“ des Verfassers beziehen, der beim Rezensenten sehr zwiespältige Wirkungen hinterlassen hat. Ihn kennzeichnen spezifische gedankliche Fixierungen, die die Ausblendung relevanter Gesichtspunkte zur Folge haben, theoretisch-kategoriale Mängel und inhaltliche Inkonsistenzen und Widersprüche – Merkmale, die als durchaus typisch für einflussreiche Strömungen in der deutschen Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus gelten können. Es finden sich aber auch überraschende Bemerkungen und Untertöne, die vom „mainstream“ deutlich abweichen.

Zunächst zu den Denkfixierungen. Wie für die meisten seiner Kollegen ist auch bei Mommsen die Perspektive auf die „deutsche“ Geschichte in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts weitgehend auf Deutschland beschränkt, und externe Faktoren, internationale politischen Machtkonstellationen und die neuartigen transnationalen ideologischen Frontbildungen tauchen als Kontext kaum auf. Das muss bei einem Phänomen wie dem Aufstieg des Nationalsozialismus zu einer Blickverengung führen, die nicht ohne Folgen für interpretatorische Gewichtungen und moralische Wertungen bleiben kann. Wenn (um nur

einige Stichworte zu geben) „Versailles“, die Rheinlandbesetzung, der Aufstieg des Bolschewismus und – bezüglich der nationalsozialistischen „Systemphase“ – die politischen Ziele und Rüstungsanstrengungen der anderen relevanten politischen Mächte als eigene Realitäten mit mehr oder weniger feindlichen Zielrichtungen gegen „Deutschland“ im Denkhorizont nicht präsent sind, sondern nur in ihrer Rolle im Spiegel der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda zur Debatte stehen, dann entsteht zwangsläufig eine „Einseitigkeit“ der analytischen Wahrnehmung und des Moralisieren, in der die vielfältigen Bezüge der geschichtlichen Wirklichkeit weitgehend verschwunden sind. Dann basiert eben der radikale Antikommunismus des Nationalsozialismus beispielsweise, den er mit vielen Angehörigen der traditionellen Eliten teilte, nur auf „Klischees“ und „Indoktrinationen“ (S. 160) (obwohl mittlerweile bekannt sein müsste, dass diese „Klischees“ der kommunistischen Wirklichkeit weit eher entsprachen als die einem Wunschdenken entsprungenen Schönfärbungen vieler „Liberaler“ und „Linker“); und das „Anti-Versailles-Syndrom“ der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung, das die Nazis propagandistisch geschickt für sich ausnutzten („Schandfrieden“), wird dann im wesentlichen nur als ein Ausdruck von „Resentiments“ gewertet werden (obwohl der Verfasser an anderer Stelle [S. 46] doch selbst einräumt, dass „Versailles“ der „jungen Republik“ „unerfüllbare ökonomische Lasten“ aufgebürdet hatte). Kurz: Ohne ausreichende Kontextualisierungen entsteht notwendigerweise eine starke Tendenz zur Schwarz-Weiß-Malerei, und diese Tendenz durchzieht auch die meisten Aufsätze des Verfassers in seinen Wertungen der deutschen Geschichte im Verhältnis zum „Westen“ und des „Nationalsozialismus“ zu allen Formen der politischen „Linken“.

Außer den unzureichenden Kontextualisierungen (und dadurch teilweise bedingt) sind die Aufsätze in ihren Schlüsselkonzepten und –begriffen nicht hinreichend theoretisch-kategorial durchgearbeitet. Das gilt sowohl für den Totalitarismus-, Faschismus- und Antisemitismusbegriff und denjenigen der „politischen Religion“ als auch für das in einigen der Aufsätze fundamentale Charismakonzept. Einmal abgesehen davon, dass der Gegensatz zwischen Totalitarismus- und Faschismusbegriff, den der Verfasser in seinem Aufsatz über die „NSDAP als faschistische Partei“ (S. 99 ff.) konstruiert, gegenstandslos ist, weil beide Begriffe auf anderen Ebenen mit anderen Bezugsgrößen angesiedelt sind und sich keineswegs auszuschließen brauchen – der Nationalsozialismus kann gleichermaßen als „totalitär“ und als eine Form des Faschismus („Radikalfaschismus“) definiert werden –, sind des Verfassers Kriterien für den Faschismusbegriff (Führerprinzip, Massenbezug, programmatische Flexibilität, Antistaatlichkeit, visionäre Endziele) höchst vage. Sie basieren auf keinem Vergleich des Nationalsozialismus mit den anderen europäischen Strömungen des Faschismus und berücksichtigen nirgends systematisch den Faktor „Ideologie“.

Das hat besonders negative Auswirkungen für die Reflexionen des Verfassers über den „revolutionären“ oder „gegenrevolutionären“ Charakter des Nationalsozialismus (S. 67 ff.). Er akzentuiert in Anknüpfung an Juan Linz stark die gegenrevolutionären Merkmale des Nationalsozialismus – seinen Charakter als

„reaktive Simulation“ der kommunistischen Bewegung (S. 70 f.) –, womit er merkwürdigerweise die Haltlosigkeit des Totalitarismusbegriffs demonstrieren zu können vermeint (tatsächlich schließt der reaktive Bezug des Nationalsozialismus auf die historisch frühere kommunistische Bewegung nicht einmal den statischen traditionellen Totalitarismusbegriff aus, legt aber die Anwendung eines genetisch-dynamischen Modells im Sinne Ernst Noltes nahe). Nirgends aber findet sich der Versuch einer systematischen Deutung der NS-Ideologie von ihrem gegenrevolutionären Impuls her (der Verfasser erschöpft sich im wesentlichen in Hinweisen auf „nationalistische und soziale Ressentiments“); und genau so wenig wird gesehen, dass es gerade die Besonderheit der gegenrevolutionären Merkmale der neuen Bewegungen von „rechts“ nach dem ersten Weltkrieg war („reaktive Simulation“), die die Anwendung eines generischen Faschismusbegriffs als gemeinsamer Basis der unterschiedlichen Formen rechtfertigt. Da eine systematische Analyse des „Gegen“ beim Verfasser fehlt, muss natürlich auch der Versuch einer systematischen Bestimmung des „Pro“ dieser Bewegung fehlen, und wo beides fehlt, wird auch die Frage nach möglicherweise eigenständigen revolutionären Merkmalen des Nationalsozialismus kaum angemessen behandelt werden können.

Auch von der in der deutschen Geschichtswissenschaft weitverbreiteten unzulänglichen Deutung des nationalsozialistischen Antisemitismus künden die Texte. Da wird einerseits immer wieder explizit und implizit eine mehr oder weniger bruchlose Kontinuität des nationalsozialistischen Antisemitismus zum „rassischen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts“ (S. 179) behauptet, während andererseits an manchen Stellen auf die „ausgeprägt antisemitische Komponente“ des nationalsozialistischen „Antibolschewismus“ (S. 187) hingewiesen wird. Gerade diese Verbindung von Antibolschewismus und Antisemitismus bezeichnet aber das spezifische Neue und war das zentrale Merkmal im nationalsozialistischen Antisemitismus, und wer die ideologischen Antriebe für den Weg in den Holocaust begreifen will, wird um eine systematische Analyse des Topos vom „jüdischen Bolschewismus“, der die Haltlosigkeit von gängigen Kontinuitätsthesen (à la „von Wagner zu Auschwitz“) bezeugt, kaum herumkommen. Interessant aber sind die dem publizistischen und wissenschaftlichen „mainstream“ ganz zuwiderlaufenden Auffassungen des Verfassers über die Verbreitung eines radikalen Antisemitismus in der NSDAP und der deutschen Bevölkerung: „(Auch) innerhalb der NSDAP (war) der Anteil extremer Antisemiten gering, und das Gleiche galt für die deutsche Bevölkerung insgesamt“ (S. 180).

Unzureichend schließlich ist auch die Verwendung des immer wieder bemühten Charismakonzeptes durch den Verfasser, was Auswirkungen auf seine Thesen über die „kumulative Radikalisierung“ insbesondere der nationalsozialistischen Judenverfolgung und den institutionellen Zerfall des Systems im dritten Teil der Aufsätze (S. 177–234) hat. Der Verfasser verwendet den Charismabegriff keineswegs im Sinne des Max Weberschen Modells als ein situationell gebundenes Zuschreibungsprodukt; und auch die herrschaftssoziologisch höchst wichtigen Dimensionen des Modells über die Auflösung fester Regeln

und Institutionen im Verhältnis zwischen Herr und Gefolgschaft bleiben unberücksichtigt. Es dominiert eher ein Alltagsverständnis von „Charisma“, und nur deswegen kann überhaupt ein „Widerspruch zwischen Hitlers intellektueller und menschlicher Mediokrität“ und seiner „Rolle als Parteiführer“ (S. 87) konstatiert werden. Das theoretisch unzulängliche Charismaverständnis des Verfassers ist Hauptgrund für eine Reihe von Widersprüchen und inkonsistenten Aussagen über Hitlers Rolle im NS-System. Da wird einerseits immer wieder der „inszenierte“ Charakter des Führerkultes (Hitler als „deutscher Messias“) und des Nationalsozialismus als „politischer Religion“ unterstrichen, und aus der Entscheidungsschwäche Hitlers wird manchmal auf einen – so der Verfasser bereits in den 1960er Jahren – eher „schwachen Diktator“ geschlossen, während andererseits häufig Aussagen über seine „zentrale Stellung“ im Regime und über seine Rolle als „ideologischer Motor“ (S. 132) der Radikalisierungsschübe der NS-Politik während des Krieges gemacht werden. Dass die zunehmende „Entstaatlichung“ des Regimes während des Krieges und die Desinstitutionalisierung und der Konkurrenzkampf diverser Parteigrößen und -formationen ganz in Hitlers Sinn waren und als Mechanismen wirkten, die seine „zentrale Stellung“ befestigten und die „kumulative Radikalisierung“ antrieben, wird zwar gesehen, aber nicht in einen Zusammenhang mit dem Charismakonzept gebracht: Legt man Webers Modell zugrunde, dann repräsentiert der Nationalsozialismus nicht Webers Fall der „Versachlichung des Charisma“, sondern das ungewöhnliche Beispiel einer zunehmenden Charismatisierung (im Krieg), und es war diese Charismatisierung, die den institutionellen Zerfall des Regimes bewirkte und eine Radikalisierung, die ganz wesentlich durch die Konkurrenzkämpfe von Unterführern bei der Vollstreckung des oftmals nur vermuteten, aber keineswegs dezidiert geäußerten „Willen des Führers“ angetrieben wurde.

Wohlthuend schließlich im Vergleich zu manchen Arbeiten jüngerer Historiker sind die Aufsätze über den deutschen Widerstand (S. 235 ff.). Hier werden der Patriotismus und die antidemokratischen Weltanschauungskomponenten vieler Widerständler, aus denen sich auch manche ihrer ursprünglichen Affinitäten zum Nationalsozialismus ergaben, nicht unhistorisch aus einem politisch korrekten Gegenwartsverständnis bewertet, sondern in ihrer Zeitgebundenheit erläutert. Allerdings fehlt wiederum eine Tiefendimension, die Reflexion des Widerstandes nämlich im Hinblick auf den Verratsbegriff, wie sie sich ausführlich etwa bei Margret Boveri findet. Stauffenberg hat sich expressis verbis als „Hochverräter“ gesehen, und die Größe und Tragik des deutschen Widerstandes wird erst dann ganz deutlich, wenn man derartige Selbsteutungen ernst nimmt.

Friedrich Pohlmann, Brombergstr. 8A, 79102 Freiburg.



Ingo Haar / Michael Fahlbusch (Hg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen, München 2008 (Saur), 846 S.

Angeregt wurde dieses umfangreiche Handwörterbuch auf dem 42. Historikertag 1998. Denn erstmals ging vor größerer Fachöffentlichkeit die Zunft der Frage nach, wie weit nachweislich die deutsche Geschichtswissenschaft mit dem NS-Regime verflochten war und ihr Wandel nach 1945 zu bewerten ist. Um die völkischen Wissenschaften in ihr zeitgeschichtliches Umfeld einordnen zu können, sollte das Nachschlagewerk den Zeitraum zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und in etwa dem Jahr 1960 umfassen. Die Initiative begann mit dem call for papers in H-Soz-u-Kult, dem mehrere Tagungen und selbständige Publikationen über Teilaspekte folgten. Für alle 85 beteiligten Autorinnen und Autoren einen tragfähigen Ansatz zu finden, diese schließlich zusammenzuführen und zu koordinieren, gelang in bewundernswerter Art und Weise.

Die völkische Bewegung war parteiübergreifend und wurde in verschiedenen sozialen Milieus gepflegt. Nach 1945 erfolgte durch die Westbindung der jungen BRD und der Sowjetisierung der DDR kulturell wie politisch ihre schrittweise Marginalisierung. Im Rückblick: „Alles ‚Bürgerliche‘ der Bundesrepublik Deutschland auf liberale oder nationalliberale Traditionen zurückzuführen, dagegen nationalistischen Verengungen und antisemitischen Dispositionen, die Kriegsbegeisterung und Streben nach Weltgeltung“ (S. 8), nicht zu thematisieren, war ein Bestandteil der Vergangenheitspolitik. So erschien im Allgemeinen die Wissenschaft immun gegen den völkischen Irrationalismus. Dem widersprach allerdings die Tatsache, dass einige NS-Aktivisten ihre sozialdarwinistischen Vorstellungen an oft außeruniversitären Instituten in andere Hüllen verpackten. „Die meisten deutschen Neuzeithistoriker haben es geschickt umgangen, das völkische Ideologem zu definieren und zu erschließen“ (S. 13), folgert Paul Weinling in seiner kenntnisreichen Einleitung. Treffsicher stellt er fest, dass die früheren Konstruktionen der Nationswerdung damit exakt in ihr Gegenteil verkehrt werden.

In Historikerkreisen wurde argumentiert, dass ein „ordentliches“ Verwaltungshandeln im NS-Regime nicht möglich gewesen sei, der Holocaust – ohne Kenntnis alter Verwaltungseliten – Resultat „kumulativer Radikalisierung“ war und diese „polykratische“ Diktatur sich nicht zu zweckrationalem Handeln fähig zeigte. Der Blick ist jedoch viel weiter zurück zu richten. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts erlangte deutsche Forschung in der Historiographie, Philologie, den Naturwissenschaften und der Medizin Weltbedeutung. Zentrale Begriffe wie „Volk“ und „Rasse“ fanden Eingang in wissenschaftliche Abhandlungen und die Publizistik. Erreicht wurden von den anfangs wenig beachteten Äußerungen nicht nur verschiedene soziale Schichten des Deutschen Kaiserreiches, sondern auch die Auslandsdeutschen in den Kolonien oder in alten (Russland; Sieben-

bürgen) und neuen (Argentinien, Chile oder Vereinigte Staaten von Amerika) Auswanderergebieten. Die nationalsozialistischen Kriegsziele, die gewaltsame Germanisierung erobelter Gebiete sowie die ins Auge gefassten gigantischen Bevölkerungsverschiebungen für die „Neuordnung Europas“ sind umfassend im „Generalplan Ost“ dokumentiert. Vorschläge für das Vorgehen lagen im Frühjahr 1940, lange vor dem Einmarsch in die Sowjetunion, Heinrich Himmler, Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, vor.

Der promovierte Landwirt Konrad Meyer (1901 bis 1973) zeichnete für den Entwurf mit fest umrissenen Konturen verantwortlich. Der Plan sollte die alten Nationalitätenverhältnisse in Osteuropa radikal verändern. Innerhalb von höchstens 30 Jahren sollten von den 45 Millionen hier beheimateten Einwohnern 31 Millionen umgesiedelt werden, die restlichen Slawen zur Zwangsarbeit, vor allem in der Landwirtschaft, bei den etwa 10 Millionen „germanischen“ (oder als solche anerkannten) Neu-Siedlern eingesetzt werden. Geplante „Reichsmarken“ und „Stützpunkte“ unterstrichen den legendären Wehrbauerncharakter. Als die Wehrmacht nach der verlorenen Schlacht um Stalingrad ab Frühjahr 1943 schrittweise das eroberte Terrain dem militärischen Gegner preisgeben musste, gerieten westeuropäische besetzte Regionen (Frankreich, Benelux-Staaten) in die nunmehr als „Generalsiedlungsplan“ titulierte Bevölkerungsumstrukturierung in die Entwürfe. Tag um Tag schwanden die praktischen Möglichkeiten der realen Umsetzung. Bis Mitte 1944 liefen noch Planungsarbeiten, die danach endgültig eingestellt wurden.

Lange Zeit gerieten diese Ausarbeitungen nicht ins Blickfeld historischer Einordnung, da laut Urteil des Militärgerichtshofs in Nürnberg der utopische Plan als einer ohne jegliche reale Verwirklichungschance galt. Erste Auseinandersetzungen mit dem Thema erfolgten zu Beginn der 1980er Jahre¹ und fanden ihren Höhepunkt in der Veröffentlichung Madajczyks.²

Es wurde nachgewiesen, dass die nach dem Ersten Weltkrieg einsetzenden Volkstums- und Ostforschungen in die nationalsozialistische politische Konzeption einfließen. Götz Aly/ Susanne Heim: „Der Generalplan gehörte in den Kontext der Politik der ‚Endlösungen‘. (...) Auch wenn der Generalplan Ost nur in Ansätzen verwirklicht wurde, so gibt es dennoch keinen Anlass zu glauben, dass dieses scheinbar so wahnwitzige Projekt im Falle eines deutschen Sieges an seiner Gigantomanie gescheitert wäre“.³

„Chefplaner“ des Vorhabens war der in den Bereichen Agrar- und Raumforschung führend beteiligte, überzeugte und karriereorientierte Universitätsprofessor Konrad Meyer. Bereits in der Konstituierungsphase nach der Machtüber-

1 Dietrich Eichholtz, Der „Generalplan Ost“, Über eine Ausgeburt imperialistischer Denkungsart und Politik (mit Dokumenten). In: Jahrbuch für Geschichte 26, Berlin (Ost) 1982, S. 217–253.

2 Vgl. die Dokumentensammlung Czeslaw Madajczyk, Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, München 1994.

3 Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt a. M. 2004, S. 188.

tragung an Hitler als Reichskanzler nutzte der „Parteigenosse“ frühzeitig seine Beziehungen zur Koordinierung und politischen Ausrichtung der Disziplinen in reichsweite Forschungsverbände.

Schon vor 1933, nach der Habilitation über die Dürre-resistenz des Hafers, erhielt Meyer die *venia legendi* für das Sachgebiet „landwirtschaftlicher Pflanzenbau“. Rührig und immer gewillt, Kontrahenten vorzeitig auszuschalten, gelang Meyer eine selbst in dieser Zeit eher ungewöhnliche Ämterhäufung in der Agrarwissenschaft, die er selbst auf internationalen Parkett zu vertreten wusste. 1944 zur Waffen-SS einberufen und zum Offizier ausgebildet, geriet Meyer am Kriegsende in amerikanische Gefangenschaft.

1947 im achten Nürnberger Kriegsverbrecherprozess angeklagt, gelang es ihm mit seiner Verteidigungsstrategie erfolgreich, den Generalplan „als rein wissenschaftlich-theoretische Studie darzustellen, die allein zum Ziel gehabt habe, über eine genaue Kostenkalkulation vor Utopien in der Siedlungsplanung zu warnen“ (S. 421). Da Meyer die Untersuchungshaft auf die Gefängnisstrafe angerechnet wurde, verließ er nach dem Schuldspruch den Gerichtssaal als freier Mann. Anfangs in einem Pflanzenzuchtbetrieb tätig, gelang ihm 1956 der berufliche Wiedereinstieg, indem Konrad Meyer zum Professor für Landbau und Landesplanung an die Universität Hannover berufen wurde. Er publizierte ein Überblickswerk zu Grundlagen der Raumordnung im ländlichen Raum (1964), übernahm die Gesamtedition des dreibändigen Handwörterbuches für Raumforschung und Raumordnung (1966) und beteiligte sich privat an Festschriften.

Adressaten dieser Würdigungsschriften dürften auch Kollegen gewesen sein, die Meyer vom Kriegseinsatz der Deutschen Geisteswissenschaften, gleichfalls als Gemeinschaftswerk oder Aktion Ritterbusch benannt, kannte. „Namhafte Wissenschaftler aus Universitäten und Forschungseinrichtungen sollten unbeschadet ihrer akademischen Position in einer Art geistigen Feldzug den Westmächten Frankreich und Großbritannien, später auch den USA, die Überlegenheit des deutschen Geistes demonstrieren und dadurch an einer ‚Dritten Front‘ (die beiden anderen waren die militärische und die ökonomisch-technische) eine intellektuelle Niederlage bereiten“ (S. 338). Hinzugezogen für das Vorhaben und auf Tagungen für die Aufgabe vorbereitet wurden Altertumswissenschaftler, Historiker, Juristen, Kunsthistoriker, Philologen [...]. Gewünscht waren Monographien, Sammelbände und Aufsätze. Etwa 1 000 in- und ausländische Gelehrte nahmen am von Paul Ritterbusch (1900 bis 1945; Rektor der Universität Kiel) initiierten Projekt teil. Der Jurist konnte auf den Ertrag stolz sein. Zwischen 1941 und 1944 erschienen 67 Bücher, davon 43 Monographien und 24 Sammelbände mit 299 Beiträgen von über 300 Autoren. Mit eigenem Signet versehen, war die Auflagenhöhe mit 2 000 bis 8 000 Exemplaren für wissenschaftliche Publikationen relativ hoch. Dabei ist einschränkend anzumerken, dass Exemplare an NS-Einrichtungen verschenkt worden sind.

In den Vordergrund rückt das Handbuch das Mitwirken von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen. Um die weitreichende Verflechtung von Wissenschaft und Politik kenntlich zu machen, rekonstruieren einzelne Beiträge detail-

liert Netzwerkbildungen, die für den sozialen Aufstieg in Akademikerkreisen während der Systemwechsel wichtig waren. Deshalb bilden Biographien mit Querverweisen zu Institutionen und Begriffen einen der wesentlichen Schwerpunkte des Nachschlagewerkes. Alphabetisch nach Personen und Begriffen geordnet, kann inhaltlich nachvollzogen werden, wie NS-Wissenschaftler Themenfelder konstruierten, Anlässe zu Institutsgründungen fanden oder „hilfsweise“ in Stiftungen wirkten. Das Werk beschließt ein umfangreiches Personen- und Sachregister. Weiterführende Literaturhinweise sind in den Fußnoten des jeweiligen Stichwortes untergebracht und erleichtern damit die Handhabung.

Ursprünglich waren für das Handbuch 180 Artikel geplant, 140 sind realisiert worden. Es ist zu wünschen, dass die Lücken in einer Nachauflage geschlossen werden. So fehlen bis auf den heutigen Tag Studien über das kulturelle Leben deutscher Bevölkerungsgruppen im Sudetenland, in Siebenbürgen und im Banat, über das der Wolgadeutschen sowie der in der Ukraine Ansässigen. Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang, konkret nachzuzeichnen, „wie Anthropologen, Eugeniker und Volkskundler deren deutsche Identität in den 1920er und 1930er Jahren herleiteten und zementierten“ (S. 15).

Uwe Ullrich, Eichstraße 15, 01309 Dresden.



Jörg Baberowski, *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*, 3. Auflage München 2012 (Verlag C. H. Beck), 606 S.

Jörg Baberowskis 600-Seiten-Werk über Stalins Gewalt Herrschaft, von dem der Autor im Vorwort selber bekennt, sein Thema habe ihn bis in den Schlaf verfolgt – so sehr, dass er es sich zuweilen gewünscht habe, an etwas anderem schreiben zu dürfen (S. 11) – ist in der Tat ein schreckliches Buch. Es ist schrecklich zu lesen angesichts der nahezu ununterbrochenen Anhäufung von Gewalttaten aller Art, die dem Leser nicht nur einiges zumutet, sondern, wie Baberowski eingangs zu Recht betont, jedermann den unschätzbaren Wert unveräußerlicher Grundrechte im Rahmen einer liberal-demokratischen Rechts- und Verfassungsordnung eindringlich vor Augen führt. Doch bleibt zu fragen: Was hilft die stark emotionalisierende Ausbreitung von Gewaltexzessen, bis hin zu den scheußlichsten Details fließbandmäßiger Massentötungen (vgl. S. 340) durch das Regime Stalins und seine wechselnden Vollstrecker, beim analytischen Blick auf den Gegenstand und worin besteht letzterer eigentlich?

Das erste des in sieben Hauptkapitel gegliederten, mit Fotos und Karten bebilderten Buches, das in chronologischer Abfolge den Zeitraum von der bolschewistischen Revolution des Jahres 1917 bis zum Tode Stalins 1953 abhandelt,

verspricht dem Leser eine Antwort auf die Frage „Was war der Stalinismus?“ anhand einer „Geschichte des Stalinismus“, die allerdings von einer „Geschichte der Sowjetunion“ getrennt wird (S. 15). Wird Baberowskis Text diesem Anspruch gerecht, oder schildert er uns mehr als er uns erklärt? Im Unterschied zu Literaten müssten Historiker, so heißt es im Vorwort (S. 9), „im Meinungsdienst Leistungen erbringen, die als Wissenschaft erkennbar sind“. Das jedenfalls erwarteten Leser, „die in historischen Büchern nach Wahrheiten suchen, die ihnen Antworten auf ungelöste Fragen zu geben versprechen“ (ebd.). Welches sind nun die ungelösten Fragen des Stalinismus, die einer Antwort von Seiten der Wissenschaft bedürfen? Wie steht es als erstes mit seiner zeitlichen Abgrenzung als einer Phase der Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert? Baberowski lässt seinen eigentlichen Beginn offen, nur sein Ende wird exakt mit dem Tode des Diktators im März 1953 identifiziert. Mit der zeitlichen Fixierung im engen Zusammenhang steht die inhaltliche Bestimmung dessen, was den Stalinismus als politisches System ausmacht.

War er etwa Bolschewismus „pur“ oder eine spezifische Variante davon? Stand er zur Herrschaft Lenins in einem Verhältnis der Kontinuität oder eher des Bruchs? War er primär das Produkt innerer Entwicklungen oder spielten Außeneinflüsse eine Rolle? Bestand er in der persönlichen Diktatur eines Einzelnen über Partei und Staat, analog zum Konzept der „Führerherrschaft“ im nationalsozialistischen Deutschland? Auf welche Institutionen stützte sich Stalins Diktatur vornehmlich? Kontrollierte die Partei den Sicherheitsapparat, oder wurde sie von ihm kontrolliert? Wie gestaltete sich generell das Verhältnis von Partei und Staat? Gab es klar abgegrenzte Entscheidungskompetenzen, oder herrschte eine willkürliche „Kompetenzkompetenz“ formeller oder informeller Führungsgremien mit der inhärenten Tendenz, die „Norm“ durch die „Maßnahme“ zu suspendieren? Und wie steht es um den Modernitätsgehalt des Stalinismus, verkörperte er etwa eine besondere Form der Erziehungsdiktatur mit den Mitteln eines sozialen Militarismus? Wie ist die Breite seiner sozialen Basis innerhalb der Sowjetgesellschaft einzuschätzen – besonders unter den Intellektuellen und der technischen Intelligenz? Wie bestimmt sich die Rolle der Ideologie im Vergleich zu Opportunismus und Voluntarismus, und wie war das Verhältnis von sozialer Korruption und Disziplinierung, Propaganda, subtiler Stimmunglenkung und offenem Terror? Dies sind allesamt Fragen, auf die der Leser, der Selbstvorgabe des Autors folgend, Antworten erwarten darf.

Augenscheinlich tendiert Baberowski, obwohl nicht eindeutig erklärt, zu einer starken Kontinuität zwischen dem System Stalins und der vorangegangenen bolschewistischen Herrschaft unter Lenin, insbesondere deren kriegskommunistischer Phase der Bürgerkriegsjahre bis Anfang 1921 („Der Bürgerkrieg war die Generalprobe für den Stalinismus – er war ein Stalinismus vor dem Stalinismus“, S. 61, ähnlich S. 68). Von diesem „genetischen“ Ansatz, den Stalinismus wesentlich auf den Kriegskommunismus, mit anderen Worten, auf die bolschewistischen Herrschaftsmethoden eines Ausnahmezustandes mit seiner Trennung von Macht und Recht zurückzuführen, begibt sich der Autor fast auto-

matisch auf den Weg, auch den Stalinismus als dessen Quasi-Fortsetzung fast ausschließlich von seinen Methoden her begreifen zu wollen. Dadurch verschwindet weitgehend das so vielschichtige bis widersprüchliche Bild des Stalinismus, wie es etwa Karl Schlögels und Wladislaw Hedelers streiflichtartige Montagen über das Moskau der Jahre 1937 und 1940 („Terror und Traum“ bzw. „Stalins glückliches Jahr 1940“) so illustrativ gezeichnet haben. Baberowski zitiert selber jenen für diese Disparität so treffenden Tagebucheintrag der jungen Moskauerin Nina Lugovskaja: „[...] dass es im zwanzigsten Jahrhundert einen Winkel in Europa gibt, wo [...] so wilde, archaische Vorstellungen so merkwürdig mit Wissenschaft, Kunst und Kultur einhergehen“ (S. 28). Warum denken heute noch so viele Russen der älteren Generation, wie der Autor selber beklagt (S. 508), so wehmütig zurück an die Stalin-Jahre? Man könnte sagen, es handle sich dabei neben einer verklärenden Erinnerung an die eigene Jugend weitgehend um die Generation der Begünstigten, der Nutznießer jener gnadenlosen Umwälzungen, die Stalin seinem Land verordnet hatte. Diese Erinnerung ist vordergründig geprägt von den Dingen, von denen wir bei Baberowski lediglich am Rande als Techniken der „Unterwerfung“ des „Neuen Menschen“ (S. 132–154) lesen: Komsomolzen-Enthusiasmus, Pioniergeist, martialische Aufmärsche, Sport und Körperkult, Volksgesundheitskampagnen, Massenkultur vermittels moderner Medien wie Radio und Film sowie eine große soziale Mobilität bei gleichzeitigem Bildungswachstum als Basis jeder Modernisierung. Dazu kommt ein Enthusiasmus der Machbarkeit: Wissenschaftsglaube, Technikkult, ja Technikrausch, Motorisierung und Fliegerbegeisterung, Polarexpeditionen, rasante Urbanisierung und kühne Architekturprojekte bis zur Rekonstruktion ganzer Städte. Hinzu gesellt sich ein Gefühl des patriotischen Stolzes und des Vertrauens in die Kraft des eigenen Landes, mit anderen Worten: Moderne zwischen „Terror und Traum“, die uns im Sinne Karl Schlögels veranlassen sollte, „Extreme zusammen zu denken“. Baberowski jedoch versteht Moderne wesentlich normativ, d. h. wertgebunden im Sinne der westeuropäischen Entwicklung zum liberalen Rechtsstaat („In der modernen Welt [...] gelten rechtsstaatliche Ordnungen, es herrschen Regeln, die von Behörden garantiert [...] werden“, S. 26) und nicht mehr, wie noch in seinem Buch von 2003 als wertneutrales Streben nach „Eindeutigkeit“.¹

Damit vollzieht der Autor erklärtermaßen einen deutlichen Positionswechsel im Hinblick auf die soziologischen Thesen Zygmunt Baumanns zur Überwindung von „Ambivalenz“ als dem eigentlichen Signum der Moderne; eine Kehrtwende, die er wesentlich aus einem vertieften Quellenstudium ableitet (S. 10) und die zuweilen in eine schwer verständliche Polemik mündet (vgl. S. 26 ff.). Als Historiker, der die Entwicklung von Institutionen seit dem Beginn der europäischen Moderne verfolgt, versteht man Baumanns „Überwindung von Ambiva-

1 Jörg Baberowski, *Der Rote Terror, Die Geschichte des Stalinismus*, München 2003, S. 12 f.

lenz“ vornehmlich als die auf die Homogenisierung von Recht und Verwaltung zielende Tendenz moderner Staatlichkeit. Jene der alteuropäischen Ständegesellschaft eigene bodenständig gewachsene Buntheit und Vielfalt regionaler und lokaler Lebenswelten wandelt sich zur Eindeutigkeit (= Gleichartigkeit) von zunächst territorial- und schließlich nationalstaatlichen Verhältnissen im Zeichen der *einen und ungeteilten* Staatsgewalt. Dies geht einher mit der Überführung der heterogenen Stände- in die auf Rechtsvereinheitlichung gegründete Staatsbürgergesellschaft unserer Gegenwart. Liest man Baberowskis Repliken auf die russische Geschichte der vorrevolutionären Ära, sei es in diesem Buch (Kapitel II, S. 33–48) oder an anderer Stelle, gewinnt man den Eindruck, das größte Defizit in der Entwicklung der russischen Staatsgewalt vor 1917 habe gerade in ihrer Unfähigkeit bestanden, das Volk, soll heißen: die große Masse der Bauernschaft, zu erreichen. Der staatliche Souveränitätsanspruch erfasste, gemäß der für die Geschichte Russlands gängigen Dreigliederung in „Staat-Gesellschaft-Volk“ bestenfalls die Gesellschaft, d. h. die Gemeinschaft der Gebildeten und Besitzenden, einschließlich der „Intelligencija“. Sie endete jedoch an den Toren der Dorfgemeinde, die in vielfältigen regionalen Modifikationen, eine eigene rechtlich und sozial sich selbst regelnde Sub-Gesellschaft, in der Terminologie Baberowskis, einen „staatsfernen, vormodernen Gewaltraum“ (S. 27) darstellte: „lokale Anwesenheitsgesellschaften, in denen Konflikte von Angesicht zu Angesicht entschieden wurden“ (S. 37). An der zähen Selbstbehauptung der russischen Dorfgemeinde als nahezu staatsfreiem Raum war schon mancher Anlauf der liberalen Ära des Zarenreichs, gescheitert, den Staat ins Dorf zu bringen und seiner Souveränität dort Geltung zu verschaffen („Mehr als 50 Jahre hatten die zarischen Reformer daran gearbeitet, die Provinzen des Imperiums zu verstaatlichen und seine Bauern in Staatsbürger zu verwandeln“, S. 43). Selbst die Bolschewiki mussten nach den Drangsalierungen des Kriegskommunismus im Zeichen der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) ab 1921 wieder ihren Frieden mit dem Dorf machen und ihm damit widerwillig eine Phase der Regeneration seines traditionellen Eigenlebens bescheren. In diesem geschichtlichen Kontext erscheint Stalins gewaltsame Verstaatlichung des Dorfes durch die Kollektivierung der frühen 1930er Jahre wie das Nachholen eines lange verschleppten und längst überfälligen Schrittes zur Verwirklichung moderner Staatlichkeit, und damit als eine Aufgabe, der sich jede politische Herrschaft im Russland des 20. Jahrhunderts, gleich welcher Couleur, hätte stellen müssen. Baberowski scheint sich hier in einem Dilemma zu verfangen. Wollten wir seinem Verdikt über den Versuch, „die neue Welt mit den Möglichkeiten der alten Welt hervorbringen [zu] wollen“ (S. 28, 199), folgen und Ziele nur dann als modern akzeptieren, wenn sie auch mit „modernen“, soll heißen: liberal-rechtsstaatlichen Mitteln, realisiert wurden, wir müssten wohl weite Teile des Projekts der europäischen Moderne seit dem Ausgang des Mittelalters abschreiben, weil moralisch ins Abseits stellen. Erste Voraussetzung für Rechtsstaatlichkeit ist nun einmal Staatlichkeit, und erst wo diese umfassend verwirklicht ist, kann ihr unter Umständen, die keineswegs eintreten müssen, der

Rechtsstaat folgen. In Russland verknüpfte sich die Rückständigkeit der staatlichen Verhältnisse und ein kompromissloser Modernisierungswille der Führung zu einer millionenfach tödlichen Verbindung. Auch wenn „die Moderne“, wie Baberowski bemerkt, nicht der kausale „Urheber des totalitären Vernichtungsterrors“ ist (S. 26), sondern letzterer lediglich eines ihrer *Phänomene* bildet (S. 23), stellt sie doch die Möglichkeiten dafür bereit, so wie sie als Alternative die auf garantierte Bürgerrechte gegründete Rechtsstaatlichkeit ermöglicht. Dieser Dialektik der Moderne sich zu verschließen, hieße entweder ihre Einheit begrifflich aufzulösen oder die in ihr wie in jeder anderen Epoche angelegten Verlaufsalternativen determinieren zu wollen. Seinem kritischen Seitenblick auf die so staatsformfixierten Totalitarismustheoretiker der 1950er Jahre, Hannah Arendt und Carl Joachim Friedrich (S. 16 f.), wird man insofern zustimmen können, als ihr weitgehend pragmatisch, d. h. an Merkmalen und Wirkungsmechanismen orientiertes Paradigma des „totalen Staates“ der so spezifischen geschichtlichen Entwicklung der Staatlichkeit Russlands nur bedingt gerecht wird. „Der stalinistische Staat“, so lesen wir bei Baberowski sehr pointiert, „war schwach, seine Gewalttätigkeit ergab sich nicht aus seiner Stärke, sondern aus seiner Schwäche“ (S. 220). Der tiefgreifende soziale Strukturwandel der Sowjetgesellschaft in jener Epoche mit seinen soziologischen Umschichtungen und Verwerfungen steht ebensowenig im Focus des Autors wie sozialökonomische Basisdaten zu Reallohn, Sozialaufwendungen, Lebensstandard oder sozialer und gesellschaftlicher Schichtung. Ähnlich wird das Stalins Herrschaft so prägende Straflager-System und sein Stellenwert für die ökonomische Gesamtentwicklung des Landes, vor dem Krieg, im Krieg und danach im Zeichen des „Kalten Krieges“, nur sehr kurz und allgemein berührt. Nahezu ausgeblendet ist der Stalinismus auf dem Gebiet der Außen-, Vertrags- und Bündnispolitik etwa im Hinblick auf sein Verhältnis zum Völkerrecht.

Einen wichtigen, ja zentralen Teil des Buches bilden die beiden Jahre des „großen Terrors“ von 1937/38 und ihre Ausläufer im Spätstalinismus zwischen 1946 und 1953, wo der Terror im Unterschied zu seinem umwälzenden Charakter der späten 1930er Jahre durch Regulierung systemisch, d. h. mit stabilen staatlichen Verhältnissen kompatibel, gemacht worden war. Auch hier dominiert beim Autor wesentlich das ob der Gewaltmethoden betroffenen machende Narrativ. So finden sich bei den nach vorgegebenen Opferquoten durchgeführten Massenterroraktionen der sogenannten Kulaken- und diversen nationalen Operationen jener Jahre gegen Deutsche, Polen, Letten etc., neben häufigen Verweisen auf „Stalins psychopathische Grundstruktur“ („Der Exzess war die Lebensform des Diktators“, S. 30) allenfalls sporadische Erklärungsansätze zu nachvollziehbaren Motiven und Hintergründen (kaderdisziplinierende, sozialhygienische, sicherheitspräventive Gründe, internationale Lage).

Ein kompliziertes Problem stellt die vieldiskutierte Vernichtung eines erheblichen Teils der sowjetischen Funktionseleite in jenen Jahren dar. Warum hielt der „vozd“, anders als sein deutsches Pedant, der „Führer“, der von der Illoyalität großer Teile seiner Funktionseleite gleichfalls überzeugt war („Hühnervolk“ –

„eines Tages ausrotten oder so was – aber man braucht sie leider“)², offensichtlich große Teile seiner Führungsschicht des Jahres 1937 – nicht zuletzt die militärische – für sachlich entbehrlich und ihren Verlust trotz verschärfter internationaler Lage für keine besondere Gefahr? Wer bei diesem Prozess des gewaltsamen „Kaderaustausches“ allein die zerstörerische Seite ins Zentrum der Betrachtung rückt, sieht allenfalls die halbe Wahrheit dieses ambivalenten Geschehens. Zwischen dem Start des „großen Terrors“ 1937 und dem Kriegsbeginn 1941 erlebte die UdSSR auf nahezu allen Gebieten staatlicher Lenkungsstätigkeit ein exorbitantes Wachstum ihrer Funktionselite. Allein die Vermehrung der Volkskommissariate (Ministerien) nur auf der Allunionsebene von 8 (1936) auf 25 (1941), dazu die wie Pilze hervorschießenden zahllosen Sonderkommissionen, Komitees und Hauptverwaltungen beim Rat der Volkskommissare (Ministerrat) oder die Verdreifachung des Offizierskorps in einer auf 5 Millionen Mann aufgestockten Armee verdeutlichen die Situation jener Jahre: Es herrscht ein ins Ungeheuere gesteigerter Bedarf an Führungskadern aller Fachsparten. Schon 1939 übertrifft der administrativ tätige Kaderstamm mit 7,5 Millionen (davon knapp 1,6 Millionen „Leitende“) den der späten 1920er Jahre um das Fünffache, und der Anteil der „Angestellten“ überschreitet 15 Prozent der gesamten werktätigen Bevölkerung (1928: 4,8 Prozent). Zeitgleich sehen wir eine Kadernichtung beträchtlichen Ausmaßes, die jedoch, blickt man nur auf die nüchternen Zahlen, im Vergleich zu den hereinströmenden „Nachrückern“ statistisch nicht übermäßig dramatisch erscheint. Die Profiteure dieser Kaderumwälzung, die neuen „Nomenklaturisten“, sind nicht nur um ein vielfaches zahlreicher, sondern auch im Schnitt jünger, formal qualifizierter und sowohl sozial als auch national homogener als ihre Vorgänger. Sie repräsentieren weit aus mehr den Bevölkerungsdurchschnitt und sind Stalins Regime, das sie fördert und ihnen in kurzer Zeit beeindruckende Karrieren eröffnet, unbedingt ergeben. Der Diktator sprach von ihnen schon auf dem Parteitag von 1939 als der neuen Sowjetintelligenz, einer „Volksintelligenz“, die einer „neuen Theorie“ bedürfe. Es ist diese Generation der originär Stalin'schen Kader, großteils der Jahrgänge 1900 bis 1915, die die Stütze des Regimes bildet und bis weit in die Brežnev-Ära die Schalthebel der Macht besetzt hält.

Die weitaus größere Zahl der Profiteure im Vergleich zu den Verlierern gehört auch zur Geschichte des Stalinismus (Baberowski behandelt diesen Aspekt auf nicht einmal einer Seite, S. 18) und vermag zu erklären, warum das Regime jenseits von Propaganda und Terror das nötige Maß an sozialem Konsens herstellen und seine Stabilität wahren konnte. An diesem Punkt stellt sich auch die Frage nach der Existenz eines „Stalinismus von unten“, den Baberowski sehr vehement als wirklichkeitsfremd zurückweist (S. 18 f., 23). Selbst wenn, wie mittlerweile unbestritten, die Initiativen zum Terror stets vom Moskauer

2 Nichtöffentliche Ansprache vor Pressevertretern vom 10. November 1938 in München, siehe: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Band I,2, Wiesbaden 1973, S. 975 f.

Zentrum ausgegangen sind, war man sich dort doch dessen sicher, in den durch die zahllosen Unbilden des täglichen Lebens so gebeutelten „Massen“ auf einen wohlbereiteten Resonanzboden zu treffen, der das seit dem Schachty-Prozess von 1928 durch die Führung entfachte propagandistische „Feuer auf die Kader“ – natürlich die alten – wirkungsvoll verstärkte und seine legitimatorische Basis verbreiterte. Man kann in diesem Sinne eine antibürokratisch-populistische Phase des Terrors im Zeichen einer systematisch propagierten „Kritik von unten“ konstatieren, die in eine allgegenwärtige denunziatorische Haltung (jene millionenfachen „Signale“ von den Massen) mündete. Sie hielt die Bürokratie terroristisch in Bewegung, stellte somit einen ständigen Unsicherheitsfaktor für die Etablierten dar und barg durchaus eine „Potenz zur Umkehrung der Verhältnisse von ‚oben und unten‘“ (Berthold Unfried).³ Warum beschwor Stalin, der die propagandistische Klaviatur der subtilen Stimmungslenkung so meisterhaft beherrschte, ständig das Genie der Massen, der gewöhnlichen Parteimitglieder, der einfachen Leute und der „Menschen ohne Namen“, als deren verlässlichster Anwalt gegen das von ihm verachtete etablierte Expertentum (Adolf Hitler sehr ähnlich) er sich ständig gerierte? In diesem Zusammenhang wäre die Frage nach dem Charisma der Stalin'schen Herrschaft, die, genauso ganz auf den Mann an der Spitze zentriert, doppelt so lang wie die Hitlers währte, von Interesse. Hatte der Sowjetdiktator eine charismatische Sozialbeziehung zu weiten Teilen der Sowjetgesellschaft, man denke etwa an die Bedeutung des Petitionswesens, oder sollte man von einem „synergetischen Charisma“ sprechen, wie es Ludolf Herbst erst kürzlich in einer speziellen Untersuchung Adolf Hitler attestiert hat,⁴ d. h. ein weitgehend medial konstruiertes, das sich nur im Rahmen eines modernen bürokratischen Apparats entfalten konnte? Bei Baberowski lesen wir auch dazu nur jene sehr holzschnittartigen Urteile, die generell sein Buch kennzeichnen („freiwillige Anerkennung der Macht konnte das Regime von seinen Untertanen nicht erwarten, weil es sie zu Sklaven gemacht hatte“, S. 370).

Eine letzte Replik gilt dem Ende des Stalinismus. Der Autor lässt ihn, wie erwähnt, unmittelbar mit dem Tode des Diktators enden („Nichts war mehr wie zuvor“, S. 497) und verzichtet auf eine Diskussion seiner strukturellen wie rituellen Nachwirkungen. Ist das konsequent, wenn man ihn fast gänzlich durch seine Methoden und Praktiken definiert sieht? Wie viele aus der Führungsmannschaft von Berijas Staatssicherheitsapparat starben 1953 bis 1955 zusammen mit ihrem über Nacht als konterrevolutionärem Parteifeind, Volksverräter und Agenten imperialistischer Geheimdienste „entlarvten“ Chef oder wurden im Zuge der letzten Säuberung einer staatlichen Institution der UdSSR auf unterschiedlichste Weise aus den „Organen“ entfernt? Ein letztes Mal exkulperten

3 Berthold Unfried, Selbstkritik im Stalinismus. Erziehungsmittel und Form des Terrors. In: Wladislaw Hedeler (Hg.), *Stalinscher Terror 1934-1941. Eine Forschungsbilanz*, Berlin 2002, S. 176.

4 Ludolf Herbst, *Hitlers Charisma. Die Erfindung eines deutschen Messias*, Frankfurt a. M. 2010.

sich die Schreibtischtäter des Terrors auf Kosten der Exekutoren, die das Schicksal ihrer Opfer teilten. Der Autor nennt das „einen letzten Mord [!], um die Demontage der Despotie zu vollenden“ (S. 499). Doch wie erlebten zeitgleich Millionen von GULag-Häftlingen und Zwangsdeportierte die „Tauwetter“-Periode? Obgleich schon unter dem „neuen Kurs“ des Tandems Malenkov-Berija vieles erträglicher wurde, verschwand doch das auf gewaltige Ausmaße angeschwollene Lagersystem nicht über Nacht. Hat es zumindest im Nachklang doch einen „Stalinismus ohne Stalin“ gegeben oder erschöpfte sich dieser ausschließlich in der Despotie des Einen?

Jörg Baberowskis ganz auf Blut, Gewalt und Zerstörung abhebende Darstellung des Stalinismus („eine Herrschaft von Sklavenhaltern“ – „eine Form des internen Kolonialismus“ – „eine Raubökonomie, die Mensch und Natur ausplünderte“ S. 370, 202 f. etc.) zeichnet das Bild einer grenzenlosen, beklemmenden Düsternis, buchstäblich einer Hölle auf Erden. Weil hinter der Vielzahl grausiger und erschütternder Details ein das Phänomen Stalinismus deutender Gesamtentwurf, der auch Lebenssphären jenseits von Terror und Gewalt Raum gibt, nur schwer auszumachen ist, lässt das Buch den an der rationalen Analyse politischer Systeme interessierten Leser mit vielen seiner Fragen eher ratlos zurück. Man möchte am Ende der bedrückenden Lektüre, die sehr an das „Schwarzbuch des Kommunismus“ erinnert, mit einem Zitat aus Maja Turovskajas Nachwort zum erwähnten Tagebuch der Nina Lugovskaja schließen, wonach es „ein Fehler wäre, sich die dreißiger Jahre [ausschließlich] als Zeit des offiziellen Triumphs oder der blutigen Unterdrückung vorzustellen. Es war eine vielschichtige, vielfältige und komplexe Zeit, die nicht in den Stereotypen aufgeht, die über sie kursieren. Welche Gesetze die Macht ihr auch diktierte, sie war reich an Ausnahmen.“⁵

Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, 60389 Frankfurt a. M.

5 Maja Turovskaja, Das tägliche Leben in Moskau zur Zeit von Nina Lugovskaja. In: Nina Lugovskaja, Ich will leben. Tagebuch aus Moskau 1932–1937, München 2008, S. 428.



Wladislaw Hedeler, *Die Ökonomik des Terrors. Zur Organisationsgeschichte des Gulag 1939 bis 1960*, Hannover 2010 (Offizin-Verlag), 333 S.

Das namentlich durch das dreibändige Werk Alexander Solschenizyns (*Der Archipel Gulag*) in der breiten Öffentlichkeit des Westens bekanntgewordene sowjetische Straflagersystem entwickelte sich seit dem Beginn der 1930er Jahre unter der Regie des Moskauer Innenministeriums (NKVD/MVD) zu einem gewaltigen Wirtschaftsimperium im System der extensiven Sowjetökonomie. Ende der 1940er Jahre umfasste die Lagerwirtschaft zwei Dutzend Volkswirtschaftszweige und besaß in einer ganzen Reihe von Branchen nahezu eine Monopolstellung. Der Gulag förderte den Großteil an wichtigen Rohstoffen, betrieb unter seiner Regie die „Großbaustellen des Kommunismus“, belieferte viele Hundert Industriebetriebe mit billiger Arbeitskraft und realisierte allein im Jahre 1949 mit einem Häftlingskontingent von knapp 2,5 Millionen gut ein Zehntel des gesamten Produktionsausstoßes des Landes. Dass ein solches Wirtschaftsimperium, das darüber hinaus auch administrativ-rechtlich als ein eigener „Staat im Staate“ das ganze Land flächendeckend durchdrang, mit dem Tode Stalins 1953 nicht über Nacht verschwand, sondern einer längeren bis zum Ende der 1950er Jahre dauernden Auflösungsphase bedurfte, kann nicht überraschen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist der Gulag sowohl als staatliches Gesamtsystem als auch in einzelnen seiner regionalen Teile zum Gegenstand einer Menge von Untersuchungen und Dokumentationen inner- wie außerhalb Russlands gemacht worden. Auch über einzelne Lagerkomplexe und eine ganze Reihe von Einzellagern liegen inzwischen Untersuchungen vor, die einen vertiefenden Einblick in die strukturellen und organisatorischen Probleme des Zwangsarbeitssystems eröffnen.

Im Jahre 2008 hat Wladislaw Hedeler zusammen mit Meinhard Stark eine ausführliche Geschichte des kasachischen Steppenlagers von Karaganda (*Karagandinskij lager' = Karlag*) vorgelegt und um einen Dokumentenband für den Zeitraum von 1930 bis 1959 ergänzt.¹ Das vorliegende Buch bietet einen zusätzlichen Einblick in die Organisationsgeschichte des Karlag in den Jahren 1939 bis 1960 anhand der Protokolle von 19 Parteikonferenzen des KPdSU-Aktivs der Lageradministration und ihrer Funktionseinheiten im selben Zeitraum. Parallel dazu werden die Protokolle von einem guten Dutzend analoger Parteikonferenzen eines anderen großen Straflagers, des im sibirischen Industrieviertel um Novosibirsk ansässigen „Sibirskij Ispravitel'no-trudovoj lager“ (= Siblag) aus

1 Wladislaw Hedeler, Meinhard Stark, *Das Grab in der Steppe. Leben im GULAG. Die Geschichte eines sowjetischen „Besserungsarbeitslagers“ 1930-1959*, Paderborn 2008. Wladislaw Hedeler (Hg.), *KARLAG. Das Karagandinsker „Besserungsarbeitslager“ 1930-1959. Dokumente zur Geschichte des Lagers, seiner Häftlinge und Bewacher*, Paderborn 2008.

dem Zeitraum zwischen 1942 und 1960 präsentiert, wodurch der Leser vor allem für die Kriegs- und Nachkriegsjahre, aber auch noch weit über den Tod Stalins hinaus, einen streiflichtartigen Einblick in die strukturellen Gleichartigkeiten wie auch in die branchenspezifischen Unterschiede innerhalb des weitverzweigten Gulag-Systems gewinnt. Der Dokumentation der Parteikonferenzen, deren Diskussionsbeiträge in Form einer Inhaltszusammenfassung wiedergegeben werden, ist eine rund 50 Seiten starke instruktive Einleitung, die auf allgemeine und grundsätzliche Fragen zum Gulag insgesamt wie auch auf die Spezifika der beiden Lager, Karlag und Siblag, eingeht, vorangestellt. Beide Lager, schreibt der Autor, seien „sowohl unter dem Aspekt ihrer Struktur- und Verwaltungsgeschichte [...] für das sowjetische Gulag-System repräsentative Lager“ (S. 31). Hinzu kommt, dass beide über nahezu den gleichen Zeitraum (1929/30 bis 1959/50) bestanden und so einen kontinuierlichen Einblick in die Entwicklungsphasen des Straflager-Regimes und seine diversen Probleme fast über die gesamte Zeit seiner rund drei Jahrzehnte währenden Existenz erlauben. Man bedenke dabei, dass von den an die 500 Straflagern mit eigenständiger Verwaltung im besagten Zeitraum auf dem Territorium der Sowjetunion weniger als ein Viertel länger als fünf Jahre existiert hat. Im Unterschied zum sibirischen Lager, das namentlich in den Kriegsjahren infolge der Industrieverlagerungen nach dem Osten bei einer Belegung von gut 45 000 Häftlingen, darunter einem Drittel Frauen, stark in der Rüstungsproduktion engagiert war, war das Lager von Karaganda, von der Kohleförderung abgesehen, ganz überwiegend ein Landwirtschaftslager für Feldanbau und Viehzucht. Die spezifischen Probleme seiner Administration ergaben sich schon aus seiner ungewöhnlichen Ausdehnung von ca. 17 000 qkm. Auf einer Fläche vergleichbar der Größe Thüringens arbeiteten zum Zeitpunkt der größten Belegung Ende der 1940er Jahre in 30 Produktionseinheiten und vielen Dutzend weit verstreuten Lagerpunkten an die 60 000 Häftlinge mit einem überdurchschnittlich hohen Frauenanteil.

Wer aus den Protokollen von Parteikonferenzen eher öde, bürokratische Rituale in einer entsprechend knöchern-administrativen Diktion erwartet, sieht sich in dem, was Hedeler als konzentrierte inhaltliche Zusammenfassung der Protokolle auf gut 250 Seiten ausbreitet, angenehm enttäuscht. Dem Leser bietet sich ein detailreicher Einblick in die verschiedenartigsten Bereiche der Lageradministration wie des Lageralltags. Im Zentrum der Klagen, Vorwürfe und Rechtfertigungen des auf den Konferenzen vertretenen Leitungspersonals stehen im Zeichen von „Kritik und Selbstkritik“ zunächst die Schwächen und Verfehlungen der „Leitungskader“, u. a. Diebstähle, Unterschlagungen, illegaler Handel mit Lagereigentum, Missbrauch von Häftlingen für private Zwecke (vor allem im Rahmen der Nebenwirtschaften) und Normenfälschung; des Weiteren Wachvergehen, gewalttätige Übergriffe, Alkoholismus, Gleichgültigkeit und gravierende Bildungsdefizite. Vielfach wird beklagt, die Lagerverwaltungen dienten als Abschiebestation für Personal aus dem Bereich des Innenministeriums, das nirgendwo sonst Verwendung finde. Ebenso zahllos sind die Klagen über die schwierigen Lebens- und Wohnbedingungen insbesondere des Wachpersonals,

die Wachsoldaten hausen z. T. erbärmlicher als viele Gefangene, was manche Gewaltexzesse namentlich gegenüber Häftlingen begünstigt. Man erfährt einiges über die Methoden der Produktivitätssteigerung innerhalb der Lagerwirtschaft durch Stoß- und Bestarbeiter-Kampagnen, Prämierungen und die Mobilisierung des „sozialistischen Wettbewerbs“ innerhalb der Lager.

Ein durchaus ungeschöntes Bild vermitteln Hedelers Protokollwiedergaben von der Situation der Häftlinge, jenes in der bürokratischen Diktion „Arbeitskontingent“ genannten größten Teils der Lagerbewohner. Der zentrale Konflikt hinsichtlich ihrer Behandlung gründete in der Doppelnatur der Straflager sowohl als Haftorte mit einer dem gemäßen Strafvollzugsordnung und ihrer Funktion als Produktionseinheiten, die volkswirtschaftliche Planvorgaben zu erfüllen hatten. Besonders in den Kriegsjahren dominierte fast durchweg die Planerfüllung vor den Forderungen des Haftregimes, wie der strengen Isolierung von der Umwelt, der ständigen Eskortierung und getrennten Unterbringung nach Geschlecht und Strafdelikt. Dies führte in beiden Straflagern, insbesondere jedoch wegen seiner gewaltigen Ausdehnung im Karaganda-Lager, zwischen der Politabteilung und der für den Wachdienst und die Einhaltung der Haftordnung verantwortlichen 3. (operativ-tschechistischen) Abteilung zu einem ständigen Konflikt, der auch in den Nachkriegsjahren anhielt. Die schwerste Zeit für die Häftlinge, so zeigen die Protokolle, waren zweifellos die Kriegsjahre, insbesondere 1942 und 1943, aber auch noch die unmittelbare Nachkriegszeit infolge der Missernte von 1946 und ihren Nachwirkungen („Die Häftlinge essen sogar Ratten“, S. 98). Zuweilen fielen angesichts der dramatisch anwachsenden Sterberaten und der teils unvorstellbaren Existenzbedingungen des „Kontingents“ ungeschminkt deutliche Worte der Kritik, wie 1943 im Sibltag, dessen Lagerleitung sich aus dem Munde örtlicher Funktionäre eine geradezu „verbrecherische Einstellung“ in Bezug auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge vorhalten lassen musste (S. 99). Hinzu kam, mehr ein Spezifikum des stark industriell engagierten Sibltag, das verantwortungslose Verhalten vieler Fabrikdirektoren, die in ihren Betrieben Zwangsarbeit einsetzten, ohne sich um ihre Zusagen im Hinblick auf die Unterbringung und Verpflegung der ihnen vertraglich überlassenen Lagerhäftlinge zu kümmern. Besonders in den strategisch wichtigen Rüstungsbetrieben, in denen bis zu einem Drittel der Beschäftigten aus Häftlingen bestand, setzten diese darauf, dass der Nachschub an Arbeitskräften geradezu unbeschränkt garantiert sei, und „verheizten“ ihr „Kontingent“ zuweilen regelrecht.

Die Protokolle der Parteikonferenzen enthalten eine Fülle von Daten- und Zahlenmaterial sowohl zur Situation des Stammpersonals als auch der Häftlinge über den gesamten behandelten Zeitraum von rund zwei Jahrzehnten zwischen 1939 und 1960. Wir lesen von Sterberaten, Häftlingerblindungen mangels Schneebriillen, Strafvollstreckungen und Morden im Lager, von Fluchten, Arbeitsverweigerung, Banditismus und „Hooliganismus“ (zumeist der Kriminellen), von den z. T. unvorstellbaren Unterbringungsbedingungen der Häftlinge in den oftmals fast unbeheizten Baracken und Lazaretten (weniger als 1 qm pro

Person, fünf kranke Häftlinge in zwei zusammengeschobenen Betten), von häufig manipulierten Verpflegungsnormen und den wechselnden Graden der Arbeitsfähigkeit des „Kontingents“, das mit z. T. dürtigster Winterbekleidung mit geradezu steinzeitlicher Technik arbeiten musste. Auch von Freilassungen ist die Rede, die zur Schönung der Lagerstatistik häufig kranke und invalide Gefangene betreffen und für diese häufig einer Entlassung in den Tod gleichkamen. Überwiegend sind die Lagerleitungen noch bis in die Nachkriegsjahre gezwungen, aufgrund des ständigen Mangels an Stammpersonal oder dessen unzureichender Qualifikation Funktionshäftlinge, vor allem aus den Reihen der Politischen („Konterrevolutionäre“), in der Buchhaltung oder für andere Verwaltungsaufgaben einzusetzen. Die Berija-Amnestie vom März 1953 mit ihren teilweise chaotischen Begleiterscheinungen und die zeitgleiche Unterstellung des Gulag-Systems aus dem Innen- unter das Justizministerium fanden auch in den beiden behandelten Lagern ihren Niederschlag (S. 215–227); Auflösungsgerüchte schwirrten umher, Arbeitsverweigerungen und Zusammenstöße zwischen politischen und kriminellen Häftlingen mehrten sich. So sehr die Verbitterung bei den Nichtentlassenen zu spüren war, verbesserten sich doch auch erkennbar deren Lebensbedingungen. Mit der Schließung etlicher Produktionseinheiten sank allein im kasachischen Steppenlager innerhalb zweier Jahre die Häftlingszahl bis Anfang 1955 auf knapp die Hälfte (23 000); zu Jahresbeginn 1960 waren es gerade noch 10 000. Während sich das Karlag zu dieser Zeit in eine Ansammlung von Staatsgütern verwandelte, blieb das Siblak, in neun „Arbeitsbesserungskolonien“ mit insgesamt fast 10 000 Strafgefangenen umstrukturiert, auch noch um 1960 im sowjetischen Atomprogramm wie auch beim Aufbau des sibirischen Wissenschaftszentrums „Akademgorodok“ engagiert.

Generell waren namentlich in den Hochzeiten des Stalinismus die Überlebensbedingungen über einen längeren Zeitraum für Häftlinge eines Landwirtschaftslagers im „Süden“ günstiger als die in einem auf schwerindustrielle Arbeit, Bauprojekte oder die Rohstoffförderung ausgerichteten Lager Sibiriens oder der Nordpolarregion. Grob zusammengefasst, lässt das von Hedeler präsentierte dokumentarische Material drei Phasen in der Geschichte der beiden Lager erkennen, die aber wohl für das gesamte Straflagerwesen in der Sowjetunion repräsentativ sein dürften. In der Zeit des forcierten industriellen Aufbaus im Zeichen der Fünfjahrpläne der 1930er Jahre tritt die Ausnutzung der Arbeitskraft zum Zweck der Realisierung der vorgegebenen Produktionsziele zu Lasten der Erziehung und gesellschaftlichen „Besserung“ der Strafgefangenen mehr und mehr in den Vordergrund. Ihren Höhepunkt erreicht diese Entwicklung in den Kriegsjahren, in denen selbst das Haftregime zugunsten der maximalen physischen Ausbeutung des Häftlingskontingents für die wirtschaftlichen Ziele stark in den Hintergrund gedrängt wird. In den Nachkriegsjahren mit ihrer Umstellung von Produktionskapazitäten auf die Friedenswirtschaft und einer sich allmählich bessernden Versorgungslage treten die Forderungen des Haftregimes wieder verstärkt hervor. Zeitgleich verbessert sich durch ein gesteigertes Bildungsniveau spürbar die Qualität der Leitungskader, was gleichfalls die Durch-

setzung des Haftregimes, die Propagandaarbeit sowie die „operativ-tschechistische Agenturtätigkeit“ innerhalb der Lager erleichtert. Ab 1953, in Ansätzen schon während der letzten Stalinjahre, wird eine Rückkehr zu den ursprünglichen sozialtherapeutischen Ansätzen der „Besserung durch Arbeit“ im Sinne des russischen Strafgesetzbuches von 1926 erkennbar. In dem Maße, in dem die „Politischen“ durch Amnestie und Rehabilitierung aus den Lagern verschwinden – 1955 machen sie bei einer Gesamtbelegung des Gulag von einer knappen Million noch ca. 12 Prozent aus –, wächst das Interesse an einem sozialerzieherischen Einwirken auf die verbleibenden zumeist kriminellen Häftlinge, um auch ihnen durch eine bessere Behandlung, staatsbürgerliche Erziehung und verstärkte Bildungsmaßnahmen eine soziale Perspektive in der Sowjetgesellschaft zu eröffnen. Gleichwohl findet der Strafsolator als bequemstes Disziplinierungsmittel in den Händen der Lagerleitungen immer noch beklagenswert viel Verwendung.

Der Autor verzichtet, was naheliegen könnte, weitgehend auf eine moralische Wertung der dargebotenen Fakten. Sie sprechen in der Form, in der sie dem Leser präsentiert werden, zur Genüge für sich selbst und bedürfen keiner ergänzenden Kommentierung. Trotz der beachtenswerten regionalen Unterschiede innerhalb des so weitverzweigten sowjetischen Straflagersystems, verspricht der im Untertitel des Buches zugesagte Einblick in die Organisationsgeschichte des Gulag, und das über den Zeitraum fast dreier Jahrzehnte, beileibe nicht zuviel. Vielleicht würde ein zumindest grobes Stichwortregister die Arbeit mit dem Buch erleichtern können. In jedem Fall sollte man es als Ergänzung parallel zu der eingangs erwähnten Studie zum Karaganda-Lager aus dem Jahre 2008 („Das Grab in der Steppe“) lesen, um sich aus den dort verarbeiteten zahlreichen Berichten und Interviews die grausame Wirklichkeit des „Archipel Gulag“ auch aus der Erlebensperspektive der Häftlinge vor Augen führen zu können.

Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, 60389 Frankfurt a. M.



Katrin Passens, MfS-Untersuchungshaft. Funktionen und Entwicklung von 1971 bis 1989, Berlin 2012 (Lukas Verlag), 345 S.

Wer einmal mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in der DDR in direkte Berührung gekommen ist, hat das nicht vergessen. Noch weniger diejenigen, die in Haft kamen und teilweise monate- oder gar jahrelanger Willkür der Stasi ausgesetzt waren. Fast immer waren dies traumatische Erfahrungen, die nicht selten psychische Langzeitschäden nach sich zogen. Oberstes Ziel aller Machenschaften des MfS war und blieb die Sicherung des Machterhalts der SED. Entsprechend hatte es die Funktion, umfassende Informationen zu erarbeiten, um gesell-

schaftlichen Widerstand auszuschalten, die Flucht- und Ausreisebewegung einzudämmen, Devisen zu beschaffen und der Partei das Meinungsmonopol zu sichern, d. h. jegliche Gegenöffentlichkeit zu verhindern.

Seit mehr als 20 Jahren ist das MfS nun ein Schwerpunkt der DDR-Forschung. Inzwischen wissen wir erheblich mehr über die „Firma“, wie ehemalige Stasi-Angehörige das MfS intern nannten. Zutreffender ist freilich die Bezeichnung „Krake“, mit der Betroffene die Stasi charakterisierten, kam doch auf 180 Einwohner der DDR, statistisch gesehen, ein Mitglied des MfS – bis heute die höchste Relation der Überwachungsichte in ehemaligen Ostblock-Staaten.

Die vorliegende Untersuchung nimmt sich einer der übelsten Praktiken der Stasi an – der Untersuchungshaft. Mehr als 35 000 Menschen waren diesem Repressionsinstrument allein während der Ära Honecker (1971–1989) unterworfen. Verantwortlich dafür war die sogenannte „Linie IX“, eine der ältesten und wichtigsten Dienstseinheiten der Stasi überhaupt. Diese Linie existierte nicht nur als Hauptabteilung IX an der Spitze des MfS, sondern unter gleicher Bezeichnung auch in den Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit (BVfS) auf regionaler Ebene, einschließlich der dortigen Gefängnisse. Befehle und Anordnungen konnten sofort von oben nach unten durchgestellt werden; ebenso geradlinig verlief der Dienstweg von unten nach oben. Geht man von der Grundintention totalitärer Herrschaft aus, die Bevölkerung soweit wie möglich zu „durchherrschen“, dann wird diese Absicht an der spezifischen Organisationsstruktur der Stasi deutlich.

Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich indes nicht nur auf die Durchführung der Haft, obwohl es ein Leichtes gewesen wäre, die Seiten mit Erlebnisberichten zu füllen, sondern bezieht weitere Faktoren ein, die auf den „Vollzug“ einwirkten und diesen im Laufe der Jahre veränderten: die außenpolitische Entwicklung, die innenpolitische Situation, die allmähliche Präzisierung des Strafrechts sowie die Herausbildung der Opposition in der DDR. Auf diese Weise wird durch den Fokus auf eine Organisations- und Strukturgeschichte des MfS transparent, dass „Mielkes Konzern“ spezifische Entwicklungsphasen durchlief; das wiederum widerlegt das Vorurteil, bei der Stasi habe sich um ein ehernes Monstrum gehandelt.

In der Tat hat sich das MfS binnen nicht einmal zweier Jahrzehnte durchaus verändert, ohne freilich unmenschlichen Repressionspraktiken zu entsagen, wenn „man“ es für erforderlich hielt. Oberster Zweck blieb es immer, Untersuchungshäftlinge zu Aussagen zu bringen; das geschah mittels gezielter Desorientierung, Isolierung und totaler Überwachung. Nachtruhe in den Zellen war z. B. für die Häftlinge nur bei brennendem Licht erlaubt, beide Arme sichtbar auf der Bettdecke. Dass das MfS bereits vor einem offiziellen „strafrechtlichen“ Verfahren verdeckte Ermittlungen durchführte, die nach einer Verhaftung gleichwohl als Beweismaterial in Anwendung kamen, war gängige Praxis. Darüber hinaus nahm die Stasi staatsanwaltschaftliche Aufgaben wahr, ohne dass es dafür eine rechtliche Grundlage gab.

Durch die Einbeziehung des historischen Kontextes wird deutlich, dass die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte durch Honecker in Helsinki im Jahre 1975, von der SED als endgültige internationale Anerkennung der DDR gefeiert, unerwartete Probleme für das MfS nach sich zog. Denn wenngleich mit drakonischer Härte und Verschärfung des Strafrechts auf die rasch über 100 000 Menschen anwachsenden Ausreisewilligen geantwortet wurde, die sich auf das in der Schlussakte verbriefte Recht zur Freizügigkeit beriefen, von nun an ließen sich diejenigen, die einen Ausreisantrag stellten, bis zum Ende der DDR kaum mehr einschüchtern. Analoges galt für jene, die 1976, nur ein Jahr nach Helsinki, gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns protestierten. Auch die ab Ende der 1970er Jahre entstehende Opposition der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen in der DDR ließ sich auf Dauer nicht mehr wegsperren. Wenngleich der SED-Staat an ihrem Freikauf durch die Bundesrepublik harte Devisen verdiente, letztlich symbolisierte es den Ausverkauf des eigenen Systems.

Insgesamt war das letzte Jahrzehnt der DDR von einer „Verstetigung oppositionellen Handelns“ geprägt, dem das MfS einerseits durch erneute Verhaftungswellen, andererseits durch präventive Maßnahmen zu begegnen suchte, Letzteres vor allem durch einschüchternde Praktiken im Vorfeld, wie z. B. sogenannte Sachverhaltsprüfungen und „Zuführungen“ (kurzzeitige Festnahmen). Oppositionelle, die bereits die Haft in MfS-Gefängnissen durchgemacht hatten, begannen nach ihrer Freilassung, Gesinnungsfreunde auf deren mögliche Haft vorzubereiten und ihnen dadurch die Angst ein wenig zu nehmen; gleichzeitig wuchsen die Solidaritätsbekundungen für Inhaftierte. Mehr und mehr wurde die Stasi in den 1980er Jahren somit zum Zauberlehrling; trotz quantitativ und qualitativ steigender Maßnahmen und eines immer größeren Personalbestandes, wie in der Studie auch statistisch nachgewiesen wird, wuchs die Zahl der Protestierenden.

Basierend auf breiter, kritischer Quellenexegese und ausgezeichneter Kenntnis der inzwischen umfangreichen Forschungsliteratur ist Katrin Passens eine hoch differenzierte Untersuchung gelungen, die nicht nur unser Wissen über „Schild und Schwert der Partei“ erweitert, sondern auch DDR-Forschung auf hohem Niveau verkörpert.

*Günther Heydemann, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V.
an der Technischen Universität Dresden, 01062 Dresden.*



Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, DIE LINKE - eine gescheiterte Partei?, München 2012 (Olzog), 288 S.

Nach dem Ende der SED-Diktatur gewann die PDS, später als DIE LINKE, steigende Stimmenanteile - und das fast kontinuierlich. Ein rasanter, beinahe bruchloser Aufstieg seit 1990. Bei Europa- und Bundestagswahl 2009 errang sie jeweils ihr bislang bestes Wahlergebnis. In Brandenburg und Sachsen-Anhalt eroberte sie bei der Bundestagswahl mit ihrem Zweitstimmenanteil den ersten Platz aller Parteien. Erstmals übersprang sie bei der Bundestagswahl im Westen die 5-Prozent-Hürde; erstmals bekam sie dort mehr Stimmen als im Osten. Zeitweise agierte sie in 13 Landtagen. Alles in allem eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Deshalb schien es lange Zeit nur eine Frage der nahen Zukunft zu sein, wann die Linkspartei im Osten einen Ministerpräsidenten hervorbringen würde.

Inzwischen scheint sie - aus vielen in- und externen Gründen - weit davon entfernt, weitere Wahlerfolge zu feiern. So mussten Linksfractionen zuletzt Landtage erstmals wieder verlassen. Um Chancen wieder in Wahlerfolge zu verwandeln, hat die LINKE im Juni 2012 eine neue Parteiführung gewählt. Der Parteilinke Bernd Riexinger triumphierte mit seiner Kandidatur zum Parteivorsitz gegen den Chefreformer und Apparatschik Dietmar Bartsch. Riexinger profitierte stark vom Delegiertenschlüssel, der die mitgliederschwachen West-Landesverbände bis heute gegenüber den Ost-Landesverbänden begünstigt. Zum Misserfolg des Ostdeutschen Bartsch hat der Erfolg der Ostdeutschen Katja Kipping in der ersten Runde der Vorsitzendenwahl wesentlich beigetragen. Gerade Hardliner aus Ost- und Westdeutschland unterstützten Kipping gegen ihre Mitbewerberin, um damit die spätere Niederlage von Bartsch vorzubereiten.

Dessen Chancen, Parteivorsitzender zu werden, wären bei einem Mitgliederentscheid vermutlich besser gewesen. Das hat Oskar Lafontaine mit seinen Getreuen durch Rechtsgutachten verhindern lassen. Im Gegenzug verhinderte Bartsch, indem er - nun unterstützt von Gregor Gysi - an seiner Kandidatur festhielt, eine Kandidatur Lafontaines. Lafontaine wiederum unterstützte Riexinger, um Bartschs Erfolg zu verhindern. Seither herrscht ein brüchiger Burgfrieden in der Partei. Nach wie vor fehlt ihr eine starke Führung, die den Laden zusammenhielt und wieder kampagnefähig machte.

Dennoch wäre es stark verfrüht, der Partei jetzt das Totenglöcklein zu läuten. Sollte sie bei der nächsten Bundestagswahl an der 5-Prozent-Hürde scheitern, könnte sie mit drei direkt gewonnenen Wahlkreisen zumindest als Gruppe in die bundesdeutsche Volksvertretung einziehen - bei der Bundestagswahl 2009 errang sie mehr Direktmandate denn je: 16. Wenigstens indirekt könnte sie - durch einen Wahlerfolg oder eine Niederlage - die Koalitionsbildung beeinflussen. Umso wichtiger ist die aktuelle Analyse von Eckhard Jesse und Jürgen Lang. Sie warnt, bereits heute ein Requiem für die LINKE anzuberaumen.

Das Buch analysiert Geschichte, Wahlerfolge, Wählerschaft, Parteiapparat, Führungspersonal, Strategie, Programmatik und Demokratiefähigkeit der LINKEN. In der Debatte über ihre Demokratiefähigkeit positionieren sich die beiden Autoren in der Mitte: Ihre Untersuchung ist weit entfernt davon, in der LINKEN eine vollständige Fortsetzung der SED zu sehen; noch weiter entfernt ist ihr Buch von Veröffentlichungen, die meinen, bei der LINKEN handle es sich um eine normale, demokratische Partei. Jesse und Lang zeichnen ein vielfarbiges Gemälde der LINKEN.

Einerseits habe sich die LINKE vom SED-Monopolanspruch und ihrem „demokratischen Zentralismus“ verabschiedet bzw. verabschieden müssen; heute wende sie sich nicht vollständig gegen demokratische Werte. Andererseits bekämpft sie den „Kapitalismus“ vehement, den sie für das Grundübel hält. Der „Kapitalismus“, also Demokratie und Soziale Marktwirtschaft, führe unweigerlich zu Massenarmut, „Faschismus“ und Krieg. Daher brauche es Veränderungen mit „revolutionärer Tiefe“ und einen „Systemwechsel“, wie sie bereits in ihrem Parteiprogramm fordert. Erst der „Sozialismus“ garantiere Frieden, soziale Gerechtigkeit und „Antifaschismus“. Dafür sei eine sozialistische Revolution erforderlich. Eine solche ist nach klassischer Lehre ohne Gewalt schwer vorstellbar. Genau auf diese Lehre beruft sich die LINKE vielfach.

Daneben diskutiert das Buch die Frage, warum die LINKE per saldo erfolgreich ist. So meinen die Autoren, ein unzureichender Elitenwechsel im Osten begünstige sie seit 1990. Zwar gab es sicher, gerade unter Lehrern oder Journalisten, nach 1990 viel personelle Kontinuität unter SED-geschulten Eliten. Auch erreicht die LINKE seit 1990 in alten SED-Milieus besonders hohe Stimmenanteile. Doch wahrscheinlich haben westdeutsche Aufbauhelfer wegen ihrer Herkunft und mitunter auch wegen ihres Auftretens die LINKE ebenfalls begünstigt, indem sie ihr breite Angriffsflächen für ihre Agitation boten. Außerdem muss eine personelle Kontinuität nicht stets mit einer inhaltlichen Beharrung einhergehen. Inzwischen schrumpfen die SED-Milieus. Mittlerweile gibt es in den östlichen Bundesländern nachwachsende Eliten mit ostdeutscher Herkunft, westlicher Ausbildung und gesamtdeutscher Sozialisation, etwa unter Juristen.

Interessant ist, wie die Autoren Sahra Wagenknecht beurteilen. Der eloquenten, telegenen Politikerin bescheinigen sie einerseits ökonomische Urteilskraft, um sie andererseits eine überzeugte Kommunistin zu nennen. Ein rundes Quadrat? Nach wie vor bestreitet Wagenknecht, dass einige EU-Länder jahrelang weit über ihre Verhältnisse gelebt haben. In ihren Veröffentlichungen triumphieren Verschwörungstheorien über Analysen. Zwar zitiert die Meisterin der Halbwahrheiten mittlerweile gern Ludwig Erhard, das aber meist höchst selektiv. Das gesamte Programm der LINKEN und Wagenknechts widerspricht Erhards Politik diametral: Noch höhere Staatsquote, noch höhere Sozialleistungen, noch höhere Schulden, serienmäßige Verstaatlichung von Banken. Dass auch staatliche Banken jüngst hohe zweistellige Milliardensummen verzockt haben, ignorieren die LINKE und Wagenknecht bis heute. Ebenfalls übergehen sie, wer vor allem von staatlicher Verschuldung profitiert: Banken und Reiche, bei denen

sich der Staat Geld leiht. Erhard und Wagenknecht treffen sich lediglich in der Forderung nach strengeren Haftungsregeln. Das gesamte Buch liefert eine wichtige Analyse der LINKEN.

Harald Bergsdorf, Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf.